



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981
Für Rückfragen	Margrit Kessler, Nationalrätin, Tel. +41 79 343 85 02 Beat Flach, Nationalrat, Tel. +41 79 402 91 12
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern Tel +41 31 311 33 03, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	30. September 2015

Die Grünliberalen unterstützen den indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative

Die Grünliberalen unterstützen das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen als indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative. Damit werden die finanziellen Leistungen zugunsten von Opfern und anderen Betroffenen endlich geregelt. Die Grünliberalen unterstützen auch explizit den Vorschlag, dass die Kantone, die Gemeinden, der Bauernverband, die Kirchen und die Pharmaindustrie ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden. Alle Beteiligten an diesem dunklen Kapitel sollten einen Beitrag zur Wiedergutmachung leisten.

Die Grünliberalen begrüssen eine Aufarbeitung des Unrechts, das den Menschen durch staatlich verordnete Zwangsmassnahmen oder Fremdplatzierungen in der Schweiz vor 1981 angetan wurde. Der vorliegende Entwurf des Bundesgesetzes ist sorgfältig ausgearbeitet, indem alle Betroffenen berücksichtigt werden und nebst den finanziellen Forderungen Akteneinsicht, wissenschaftliche Aufarbeitung sowie Beratung und Unterstützung der Betroffenen gewährt werden. Weiter ermöglicht der indirekte Gegenvorschlag im Gegensatz zur Wiedergutmachungsinitiative eine zeitnahe Umsetzung. Dies ist insbesondere auch im Sinne der zumeist betagten Betroffenen.

Link auf die ausführliche Vernehmlassungsantwort der Grünliberalen: http://www.grunliberale.ch/unsere-positionen/vernehmlassungen.html?show=cl_fc62349f-8f03-4ec1-a070-02556786f1bc